

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wöchentliches Abonnementpreis 4,75 Mk.,  
bei freier Befreiung durch den Verleger  
ins O.-d. 18 W. maß.  
Alle Bestellungen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbände und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Drittes-Bund)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 W., Familienamt, 15 W.  
Vereinsamt, 10 W., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4720.

Nr. 23/24.

Berlin, Sonnabend, 20. März 1915.

Siebentundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Gegen die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung. — Genossenschaftlicher Gemüsebau. — Industrie und Industriearbeiter in Rußland. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbands- — Anzeigen-Teil.

### Gegen die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung.

Die Organisationen der deutschen Arbeiter haben bekanntlich gemeinschaftlich Schritte unternommen, um möglichst bald eine gesetzliche Regelung der Arbeitsnachweisfrage herbeizuführen. Nach eingehenden Beratungen, an denen auch unbeteiligte, aber sachkundige Sozialpolitiker teilgenommen haben, ist zwischen den Arbeiterorganisationen eine Reihe von Leitlinien vereinbart worden, die Reichstag und Bundesrat gewissermaßen als Grundlage für die gesetzgeberische Arbeit unterbreitet worden sind. Ferner hatten die Vertreter der Organisationen Gelegenheit, persönlich die Angelegenheit in einer Audienz mit dem Reichsanwalt zu besprechen, der auch ihre Wichtigkeit anerkannte und wohlwollende Prüfung in Aussicht stellte.

Der „Deutschen Arbeitgeber-Ztg.“ gefällt die ganze Geschichte nicht. Im Leitartikel ihrer letzten Nummer verleiht sie ihrer Gegnerschaft gegenüber dem Man der Organisationen deutlich Ausdruck. Ohne gegen die Grundzüge des Bürgerrechts zu verstoßen, seien die von dem genannten Blatte erhobenen Einwände hier kurz widerlegt. Zunächst bestreitet die „Arbeitgeber-Ztg.“, daß alle Richtungen der Arbeiterbewegung sich für den fraglichen Zweck zusammenschließen haben. Sie vermischt offenbar die Gelehen. Da muß sie sich schon damit abfinden, daß diese „Richtung“ von der überwiegenden Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft nicht als Interessenvertretung der Arbeitnehmer angesehen wird.

Daß es um die Arbeitsvermittlung in Deutschland schlecht bestellt sei, wird von der „Arbeitgeber-Ztg.“ bestritten. Außerdem könne von einer wirklichen Arbeitslosigkeit „gegenwärtig überhaupt nicht die Rede sein“. Wodurch kann man dem letzteren beistimmen. Aber wie sah es in den ersten Monaten nach Ausbruch des Krieges aus? Und wie wird es nach dem Frieden werden, wenn Millionen von arbeitsfähigen und arbeitstüchtigen Männern zurückkehren? Wird es etwa als eine Meinungsfrage angesehen, alle diese und alle andern zahlreichen Arbeiter, die jetzt „umgelehrt“ und sich in einem ganz fremden Betriebe Beschäftigung gesucht haben, wieder an die richtige Stelle zu bringen? Für den gegenwärtigen Zustand ist die Frage des Arbeitsnachweiswesens vielleicht nicht so brennend, aber es muß schon jetzt voragsort werden für die Zukunft. Wenn erst die Menschen da sind, dann ist es zu spät; dann würde ein Durcheinander entstehen, aus dem man sich vielleicht monatelang nicht herausfinden könnte.

Was der „Arbeitgeber-Ztg.“ an den Forderungen der Arbeiterorganisationen am wenigsten gefällt, das ist die Parität. „Daß man ... einmal das Prinzip unbedingter Parität auf den Schild erheben, so wird ihre Herrschaft unangefochten weiterbestehen.“ Das ist des Pudels Kern. Der Gedanke, daß den Arbeitern gesetzlich ein Mitbestimmungsrecht bei der Arbeitsvermittlung zugesprochen werden soll, ist der „Arbeitgeber-Ztg.“ untraglich. Sie vertritt noch immer den absoluten „Verrenkstandpunkt“, der durch die Vorgänge während des Krieges längst als überlebt erwieken worden ist. Haben nicht Unternehmer und Arbeit-

ter durch Vertreter ihrer beiderseitigen Organisationen gerade in diesen schweren Zeiten oft genug ihre Angelegenheiten beraten und regeln lassen, und sind nicht beide Teile dabei gut gefahren? Deshalb sollte die „Arbeitgeber-Ztg.“ endlich ihre veralteten Anschauungen aufgeben und ebenfalls auf diesem Gebiete umlernen, wie so viele andere während des Krieges umgelernt haben.

Zur Stütze ihrer Gegnerschaft führt das Blatt andlich an: „Heute gilt nur ein Gebot, für das Vaterland zu stehen, unsere edelsten und teuersten Güter zu schützen, den Ansturm der Feinde zurückzuschlagen!“ Kein Mensch wird bestreiten, daß es jetzt das erste Gebot ist, die Feinde des deutschen Vaterlandes niederzuringen. Und davon sind wir mehr denn je überzeugt, daß unsere tapferen Truppen und ihre unübertreffliche Führung trotz aller schweren Opfer dieses Werk auch vollbringen werden. Wie gesagt, das ist das erste Gebot. Aber daneben sind die Dabeingeblichenen nicht aller Pflichten entbunden. Auch sie haben Gebote zu erfüllen. Sie müssen zunächst durch vernünftige Lebensweise, durch sparsame Wirtschaft und richtige Verwendung der vorhandenen Lebensmittelvorräte mit dafür sorgen, daß die glänzenden Erfolge der deutschen Heere nicht zuhause gemach werden. Sie haben aber weiter die Aufgabe, dahin zu wirken, daß unsere Krieger später, wenn sie siegeskrönt in die Heimat zurückkehren, ein wohlgefügtes und gut eingerichtetes Gehäule vorfinden. Dazu aber gehört in erster Linie auch ein gut funktionierendes Arbeitsnachweiswesen, und deshalb hoffen wir, daß die beweiskräftigen Gründe der organisierten Arbeiterschaft ihre Wirkung auf die gehebenden Körperlichkeiten nicht verfehlen.

### Genossenschaftlicher Gemüsebau.

Von Professor Dr. Hermann Lehner.  
Gemüsebau ist die Lösung. Tausend willige Kräfte folgen ihr, denn wir müssen Nahrung haben, besonders leichtverdauliche Eiweißnahrung, noch bevor die nächste Ernte herinkommt.

Aber von diesen willigen Kräften sind die meisten ungeeignet und unerfahren. Sie werden wenig Erfolg haben, werden sogar wahrscheinlich Saatgut verschleudern und umhüllend Land verbrauchen, deren Verwendung jetzt nur bei sicherem Erfolg gestattet ist. Es sei denn, sie finden die sach- und sachkundige Ergänzung ihres guten Willens!

Diese ist zu liefern durch genossenschaftlichen Zusammenschluß.

Die sachkundigen Kräfte sind jetzt selten und viele sind im Kriege, die wenigen können ihre Fähigkeiten verbielfachen, wenn sie zahlreiche Helfer haben. Es ist nicht unmöglich, daß jemand, der wenig oder gar keine Kenntnis von der Bestellung eines Beetes hat, die nötige Arbeit dennoch richtig tut, wenn er dazu Anleitung findet. Ein Einzelner kann aber unmöglich diese Anleitung erlangen; sie würde mehr kosten, als sie einbringen kann. Eine Vereinigung vieler aufst dagegen eine fundige Kraft aus, so daß der Gärtner oder die Gärtnerin ihren Unterhalt finden aus dem Mehrertrag, welchen ihre Leistung und Leitung hervorruft gegenüber dem Ertrag, des sich selbst überlassenen Liebhabers und Anfängers. Bei der Dringlichkeit der Beschaffung von Gemüse zur Abwehr des Betrüdes und Kartoffelmangels ist es deshalb Pflicht, sofort ohne Versuch zusammenzutreten zur gemeinsamen Ergänzung der Lücken an Fähigkeit und Wissen, die der einzelne hat. Es kommt jetzt nicht darauf an, daß auf den Beeten etwas Erfreuliches wächst, es kommt darauf an, daß

die höchst mögliche Ernte wächst und diese kann nur errungen werden, wenn tüchtige gärtnerische Kräfte die Arbeitskräfte der Gemüsebauer fördern und leiten.

Ein solche Genossenschaft für Gemüsebau ist leicht gebildet; an jeder Großstadtgrenze, in jedem Borort, in jeder kleinen Provinzstadt und Ort läßt sie sich schaffen. Es brauchen, wenn der Wille dazu da ist, nur 7 Personen zusammenzutreten, sich schriftlich zur Genossenschaftsbildung zu verpflichten und vom Kriegsaussschuß für Konsumenteninteressen Rat und Hilfe zu verlangen, so tritt die Genossenschaft nach Erfüllung einiger Formen, welche der Kriegsaussschuß angibt, sofort ins Leben.

Die Mitglieder der Genossenschaft brauchen dann bloß zu wollen, so erlangen sie noch mehr Förderung als nur die technische durch Anleitung und Unterweisung.

Sie müssen Land haben. Das Land kann die Genossenschaft vorteilhafter erwerben oder pachten als der Einzelne. Sie kann es dann an die Einzelnen zu den Selbstkosten austreten; sie kann es auch, wenn die genossenschaftliche Reife und die Kulturböhe der Mitglieder diesen Fortschritt gestatten, bekommen lassen und gemeinsam bestellen, pflügen und ernten. Bei diesem Verfahren würden die Vorteile des selbstmäßigen Gemüsebaues gewonnen werden. Wenn aber die Mitglieder der Genossenschaft im Genossenschaftswesen, d. h. in der genossenschaftlichen Kultur noch wenig fortgeschritten sind, so ist es zweckmäßiger, jedem Teilnehmer sein einzelnes Stück Land zur Erreichung des eigenen möglichen Nutzens zu überlassen.

Trotzdem bleibt noch eine Menge Aufgaben für gemeinsames genossenschaftliches Handeln. Da ist der gemeinsame Bezug von Dünger, der gemeinsame Bezug von Gartengeräten, falls solche noch nicht vorhanden sind, der gemeinsame Bezug von Saatgut, also von Kartoffeln und Gemüsesämereien. Bei tüchtiger sachverständiger Leitung kommt jeder Teilnehmer durch dieses genossenschaftliche Handeln viel billiger und viel besser zu dem Gewünschten, als wenn er in einen Laden geht und dort nimmt, was man ihm aufreißt.

Biel wichtiger als für den gemeinsamen Bezug der genannten Dinge ist die genossenschaftliche Tätigkeit für die gemeinsame Beschaffung von Wasser. Wasser wird für die Gemüsebau in gewaltiger Menge gebraucht. Wassertragen und Wassergießen ist die Hauptarbeit, wenn jemand einzelne Beete in Betrieb hat. Diese viele und schwere Arbeit kann die Genossenschaft gerade ganz besonders erleichtern; sie kann eine billige oberirdische Wasserleitung legen und diese so nahe an alle einzelnen Beete herankühren, daß die Desfrnung des Gahnes genügt, um die Pflanzen zu besprengen. Die Einrichtungen dazu sind für den gärtnerischen Großbetrieb und für den Selbstgemüsebau schon geschaffen worden. Wenn die Genossenschaft nicht zu klein ist, so sind sicherlich in ihren Reihen Arbeitskräfte, welche die Verlegung der Abrennschlüsse und Sprengvorrichtungen für angemessen, aber mäßigen Lohn aus der Genossenschaftskasse sachkundig durchführen. Die Beschaffung der Teile dazu ist für die Genossenschaft oder den sofort von selbst gegebenen Verband der Genossenschaften kein Geheimnis. Die Genossenschaft der Gemüsebauer werden erstaut sein, mit wie wenig Geld sich solche Anlagen einrichten lassen, wenn man nicht einem Installationsgeschäft in die Hände fallen muß. Das muß man aber, wenn man als Einzelner einen Gemüsegarten hat. Nur bei dem großen Bedarf der Genossenschaften ist es möglich, an die Quelle, an die Umpumpstelle von Röhren, Sämen, Staudrüsen, Anien, T-Stücken, Krümmern, Muffen und dergl. Kleinen, aber wich-

tigen Teilen, von denen die wenigsten in ihrem Leben etwas Noberes kennen gelernt haben, zu geben.

Die Wasserleitung ist noch nicht das Wasser. Das Wasser selber bringt aber die Genossenschaft der Gemüsebauer ebenfalls leichter und suher heran als einzelne Parzellenbauer. Zunächst kann sie sich an die Wasserleitung der Gemeinde anschließen. Für den und jenen Gartenfreund legt ein hoher Magistrat einen Rohrstrang nicht in die Nabe des Gartenlandes, dem Willen einer Genossenschaft kann er aus zahlreichen Gründen der Billigkeit und der Politik nicht widerstehen. Ist der Anschluß an die Gemeindefasserleitung nicht möglich, so kann das Wasser vielleicht aus einem Flußlauf, aus einem Bach oder aus einem Brunnen in mäßiger Entfernung entnommen werden. Die Genossenschaft wird ihre Pumpe an die elektrische Kraftzentrale anschließen oder wird sich selbst einen Kolbomotor aufstellen und wird damit eine Fülle des Wassers und eine Fülle des Wasserdampfes erreichen, die einzelnen Reuten, auch wenn sie die lauen Sommerabende hindurch im Schweiße ihres Angeichts feuchend Wasser schleppen, unerreichbar ist.

Wie bei der Bestellung und dem Anbau ist die Genossenschaft auch nutlich bei der Ernte. Die Verteilung der Genossenschaft ist ein Zentralmarkt, bei welchem die Ueberschüsse der einzelnen Erträge über den Eigenbedarf ausgeglichen werden können und wo darüber hinaus, wenn die Gesamtheit der Ernte größer ist als der Gesamtbedarf, eine gute Verwertung gegen Barzahlung im großen Marke bewirkt wird. Es darf angenommen werden, daß die Konsumgenossenschaften ohne weiteres die Kunden und Großhändler der Gemusebauernschaften werden. Noch eine Möglichkeit: Bei dem vielen Unkraut und Mistfall in Gemüsegärten lohnt sich das gemeinsame Halten je einer Ziege für mehrere Grundstücke. Bei der für die nächste Zeit drohenden Verringerung unserer Subsidialquantitat und qualitat dürfte diese überaus günstige kostenlose Gelegenheit zur Produktion von Ziegenmilch für unsere Säuglinge und kleinen Kinder ein weiterer Anreiz zur Organisierung des Gemuseanbaues durch die Konsumanten sein.

Bei so vielen Vorteilen ist es naturgemäß, daß allerturfts die dem Kriegsausbruch für Konsumanteninteressen angeschlossenen Einzelverbraucher daran geben, Gemusebauernschaften zu bilden und zwar so fort daraneben, denn die Jahreszeit ist schon weit vorgeschritten.

Nicht allein der Vorteil darf sie dazu veranlassen. Die Bildung der Gemusebauernschaften ist vaterländische Pflicht. Es ist Kriegsgararbeit, jetzt schnell und reichlich Gemüse zu schaffen. Der Kriegsausbruch legt sie seinen Konsumanten nahe!

### Industrie und Industriearbeiter in Rußland.

Von der Entstehung einer Industrie kann in Rußland erst seit den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts gesprochen werden. Zur Entstehung der russischen Industrie, so wie sie heute ist, haben nicht wenig beigetragen das Einströmen westeuropäischer Kapitalien in die Industrie selbst und der Bau von Eisenbahnen ebenfalls mit Hilfe ausländischer Kapitalien. Aber auch die Auffindung von Erzen und anderen Rohmaterialien, deren Hervorbringung und Ausnutzung allerdings erst wieder durch die Eisenbahnen ermöglicht wurde, die Heranziehung von fremden Technikern, Werkmeistern und qualifizierten Arbeitern, unter denen sich viele Deutsche befanden, ermöglichten die Entstehung einer russischen Industrie. Unter den Deutschen, die jetzt irgendetwas in Rußland als Zivilkriegsgefangene festgesetzt sind, befinden sich zweifellos viele, die vor dem Kriege in großen russischen Industrieunternehmungen beschäftigt waren. Denn es ist in vielen Industrieunternehmungen Rußlands üblich, daß nur die Sonderarbeiten von einheimischen Arbeitern ausgeführt werden. Weiter hat zum Aufkommen der russischen Industrie die im Jahre 1861 erfolgte Aufhebung der Leibeigenschaft nicht wenig beigetragen. Hierdurch wurden große Massen frei, die vorher an die Scholle gebunden waren.

Im Verhaltnis zur Größe der Bevölkerung ist in Rußland die Zahl der Industriearbeiter zwar immer noch gering, aber wenn wir nicht den deutschen, englischen oder nordamerikanischen Maßstab anlegen, wenn wir bedenken, daß die riesige Zahl der deutschen Lohnarbeiter auch erst das Produkt der Entwicklung einiger Jahrzehnte ist, so erscheint uns doch die russische Industrie nicht mehr so un-

bedeutend. Namentlich in der Textilindustrie, in der Verarbeitung von Eisen und anderen Erzen, in der Gewinnung von Kohlen, in der Zudeckproduktion und noch in einigen Zweigen kann sich die russische Industrie immerhin schon sehen lassen. Im Jahre 1912 wurden zum Beispiel im russischen Reiche 8 800 000 Baumwollspindeln geahlt. Wenn man bedenkt, daß in Deutschland im gleichen Jahre 10 598 000 Baumwollspindeln ermittelt wurden, so zeigt dies doch, daß die russische Baumwollspinnerei immerhin schon ein kräftiger Industriezweig ist. Die Eisenerzeugung stellte sich im Jahre 1911 auf 3 588 000 Tonnen gegen 15 281 000 Tonnen in Deutschland. Die Nubenguterproduktion im Jahre 1911 stellte sich auf 1 898 445 Tonnen in Rußland und auf 2 380 882 Tonnen in Deutschland. Weiter zum stand Rußland noch in der Produktion von Stein- und Braunkohlen. Während Deutschland in beiden Kohlenarten im Jahre weit über 200 Millionen Tonnen produziert, stellt sich die Produktion in Rußland nur auf etwas über 20 Millionen Tonnen. Allerdings ist dabei zu beachten, daß selbst noch in großen Industrieunternehmungen Holzkohlen verfeuert werden.

Die Anfangsentwicklung der russischen Industrie war vielfach eine ganz andere als die der westeuropäischen Industrie. Bei uns sind die Fabriken oft aus kleinen Anfängen durch Weiterentwicklung von Handwerks-, Zwischenschmiedbetrieben usw. entstanden. Solche Fabriken gibt es aber in Rußland nur sehr wenige. Die meisten wurden von vornherein durch Unterstützung ausländischer Kapitalisten oder durch Unterstützung der eigenen Regierung als Großbetriebe eingerichtet. Deshalb ist auch der Durchschnittslohn der in einer Fabrik beschäftigten Arbeiter ziemlich bedeutend. Zweifellos werfen manche dieser industriellen Unternehmungen Rußlands, namentlich solche, die von Ausländern geleitet werden, ganz gute Gewinne ab, aber vielfach sind doch die Regierung, die alles Mögliche zur Erhaltung der Industrie tat, und die ausländischen Kapitalisten enttäuscht worden. Für eine weitgehende Industrialisierung Rußlands ist eben die Zeit doch noch nicht gekommen. Dazu trägt viel bei vor allem: schlechte Verkehrswege, geringe Wohndichte, mangelndes Kapital, die Umbildung der großen Volksmasse und die noch uberal auf dem Lande bestehende Naturalwirtschaft. Für einfache Massenprodukte wie Baumwollzeuge, Zucker oder für Artikel wie die Eisenbahnwagen, die der Staat abnimmt, findet sich gewiß Ma, und zur Herstellung solcher Massenartikel reicht auch die manuelle Geschicklichkeit und die Intelligenz der Arbeiter aus. Industrien, die feinere Artikel erzeugen, können aber in Rußland noch nicht oder nur ausnahmsweise mit Erfolg eingeführt werden.

Der russische Industriearbeiter führt meistens ein recht krautiges Dasein. Zu sehr niedrigen Löhnen beschäftigt, oftmals durch das Trudeln und durch Brandweinbuden der Unternehmer auf das schlimmste ausgebeutet, geht es ihm wohl nicht besser als den früheren Leibeigenen. Die Wohnverhaltnisse der Industriearbeiter sind oft grauenvoll, aber die meisten Arbeiter sehen wohl nicht einmal ein Elend darin, daß sie mit anderen Familien zusammen in einem einzigen elenden Loch hausen müssen. In manchen Fabriken ist es sogar üblich, daß sich die Arbeiter auf dem Fabrikshofe aus Risten und Hassern ein Wohnraum herstellen. Wie vor einigen Jahren einmal durch eine Untersuchung festgestellt worden ist, wurden auf den Fabrikschofen bis 150 solcher Wohnbuden geahlt.

Das erste Gesetz zum Schutze der russischen Industriearbeiter war ein Uas vom Jahre 1866, in dem angedeutet wurde, daß jede Fabrik mit wenigstens 100 Arbeitern Furorge für Arzt und Arznei zu treffen hätte. Das Gesetz blieb jedoch auf dem Papier stehen. Noch in den 80er Jahren war dies Gesetz nur von wenigen Fabriken durchgeführt worden. Die Fabrikinspektion wurde im Jahre 1882 eingeführt. Wie stark die Zahl der Arbeiter in Bergwerken, Eisenhütten, Fabriken und üblichen Unternehmen ist, kann nicht genau ermittelt werden. Nach einer Zählung vom Jahre 1897 wurden im Bergbau und in der Industrie 5 596 889 erwerbstätige Personen geahlt, indessen sind das selbstverlandlich nicht alle Lohnarbeiter, sondern es sind darunter auch viele Selbständige, Angestellte usw. mit enthalten. Dagegen werden wir wieder einen ziemlich großen Teil der Industriearbeiter nicht mit in die Statistik einbeziehen können, wenn nur die Arbeiter angegeben werden, die in Betrieben arbeiten, welche der Aufsicht der Gewerkeinspektoren unterstehen. Nach einer Schätzung aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts sollte die Anzahl der in Bergwerken, Fabriken und üblichen Unternehmungen beschäftigten russischen Arbeiter bereits mehr als drei Millionen ausmachen, dagegen unterlinden noch im Jahre 1912

nur etwas über zwei Millionen Arbeiter der Fabrikinspektion.

Durch den jetzigen Krieg ist vielfach die russische Regierung in eine sehr kritische Lage gekommen, und so manche Unternehmungen, die sich nur durch Regierungsubventionen erhalten konnten, werden zusammenbrechen. A. W.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 19. März 1915.

Die letzte Zentralratsung am 12. März eröffnete Kollege Hartmann mit einem Hinweis auf das 25jahrige Dienstjubiläum des Verbandsvorsitzenden Kollegen Goldschmidt und wiederholte seine Wünsche auf baldige völlige Genueung. Den Bericht der Verbandsrevoren für das IV. Quartal und den Jahresbericht für 1914 erstattete Kollege Westendorff. Ohne Debatte wurde dem Verbandsratier einstimmig Entlastung erteilt. Sodann gab Kollege Rothhoff den Jahresbericht über seine Tätigkeit als Vertreter vor dem Reichsversicherungsamt. Der Bericht ist in Nr. 21/22 „Gewerkeverein“ bereits veröffentlicht, so daß hier nicht näher darauf eingegangen zu werden braucht. Es fand darüber eine sehr lebhafteste Aussprache statt, in der der Wunsch zum Ausdruck kam, daß seitens des geführten Ausschusses Vorbringen getroffen werden, damit die Rechte der Verletzten nach dem Kriege genuegend gewahrt werden können. Kollege Reustedt gab dann ein anschauliches Bild über die Tätigkeit des geführten Ausschusses seit der letzten Zentralratsung. Er berührte dabei so viele wichtige Punkte, daß die Diskussion über das Referat bis zur nächsten Zentralratsung am 26. März vertagt wurde. Den Schluß der Sitzung bildeten Reserichte. Kollege Lewin hat die Ortsverbände Betschau, Finstrowalde und Cottbus besucht, Kollege Klein Senftenberg, Kollege Jordan Stettin, Stolp und Lauenburg, Kollege Brede Fürstenwalde und Kollege Reustedt Dresden, Chemnitz und Leipzig. Abgesehen von zwei Orten, in denen die Ortsverbands-Versammlungen auch in dieser sauberen Zeit zum Turnusplatz persönlicher Streitigkeiten gemacht wurden, konnten sämtliche Redner über gut verlaufene Versammlungen berichten. Der Geist der Kollegen im Lande ist ein vortrefflicher und uberal der feste Wille vorhanden, treu zusammenzuhalten und unsere Sache energisch vorwärts zu bringen.

Soziale Furorge für Kriegervitwen und Kriegswaisen. Der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit hat furzlich die Anregung gegeben, die Frage der Furorge für die Hinterbliebenen der gefallenen Kriegsteilnehmer zur Gegenstande einer allgemeinen Beratung und Erörterung zu machen. Es liegt dabei hauptwachlich der Wunsch zugrunde, einen wichtigen Gedanken zum Gemeingut aller in Betracht kommenden Kreise zu machen, den nämlich, daß den ihres Ernährers beraubten Familien mit der Bevölkerung von Renten allein nicht gebohen werden kann, daß vielmehr aller Aufwand an Geldmitteln erst durch eine auf sorgfältiger Prüfung der Bedürfnisse beruhende persönliche Furorge für die Schutzbedürftigen seinen wahren Wert erbalten kann. Dieser Gedanke hat bei einigen der bedeutendsten der Furorge für die Hinterbliebenen interessierten Organisationen bereits lebhaften Beifall gefunden. So haben schon jetzt die großen Zentralorganisationen der Gewerkschaften, der Frauenverbande wie der gemeinnutzigen und konfessionellen Verbände ihre Zustimmung zur Veranstaltung einer solchen Tagung ausgesprochen und ihre Teilnahme in sichere Aussicht gestellt. Uebersaus wichtig aber ist es, daß auch maßgebende Kreise der Regierung ihr lebhaftes Interesse für die Veranstaltung bekundet und zugehelt haben, die Bestrebungen mit allen Kräften zu unterstützen.

Der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit hat durch eine eigens für diesen Zweck berufene Kommission die Vorarbeiten in die Hand genommen und die Tagung auf den 16. und 17. April festgesetzt. Auch ist das Programm in großen Zügen bereits festgesetzt. Es sollen von sachverlandigen Männern und Frauen verschiedene Kreise die Aufgaben und Träger der Hinterbliebenen-Furorge behandeln und alle mit dieser Furorge zusammenhängenden Einzelfragen gründlich erörtert werden. Die Veranung der verwaissten Kinder, die Verfassung der hinterbliebenen Frauen in den verschiedenen Bevolkerungsstufen, die Verhaltnisse zwischen Beruf

und Familien den sich d

Die offi Doch auf gram und belinden E Wilhelmisba fragen über itelle des und Wohl itrae 24-25

Beherzi zwischen den gewerkschaftl itzung gewa Sozialdemokr Auseinander als Frieden uns in dich aber doch e die herborro Monatshefte erkennt, wie die Erkennt Mitigationen

Der „B vertreten, di ten mehr „a Volksmassen“ hinaus“ gab A r o n s :

„Was je feinen Boden sich im übrig eine derartig nan hort a wirtschaftl Bol Führer haben zu lauschen, f Rahmen zu u nudlichen Be das Mögliche auch den teiten „o mögliche für den eing die operatavo teren Opfern sich seine G Volksführer, „

Richt i der Stimmun für die Führer den Flug klärung der V das Vermeidh Nur dadurch gen, auch „in zugreifen und sie sich nie to entgegengesetz bar Frastrittor furteilung, Rede über i Diener, nicht wie sie i

„Doppelausgab zubielen landes, zu vollen F reibensfah Aufschrift aus der F für die entproj

Mar s mit demjenig icht über al flagen haben kaft er folge

„Ergeben sich für die noch einer g uns bei un- lich gar nicht ichtliche Ge querulan deutenden u Engel for

Tragen, di wirft und müssen nun werden. Und zw entliehen E entscheiden, u mehr o de lutionen, teut, die i dern nach de Allgemei nten maßgeb itritige und italtung dies liegt allerbin



und Familie sind einige der Hauptprobleme mit denen sich die Tagung zu beschäftigen haben wird.

Die offizielle Einladung wird in den nächsten Wochen zusammen mit dem ausführlichen Programm und einer die Hauptgesichtspunkte behandelnden Denkschrift von Prof. Dr. Kluncker, Wilhelmshafen, zur Verfügung gelangen. Alle Anfragen über die Tagung sind an die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit, Berlin SW., Fernburgerstraße 24-25, zu richten.

**Beherrigenswerte Mahnungen.** Während zwischen den verschiedenen politischen Parteien und gewerkschaftlichen Richtungen der Bürgerfriede streng gewahrt wird, kann man innerhalb der sozialdemokratischen Partei schon seit Monaten Auseinandersetzungen beobachten, die alles andere als Friedensluft verraten. Es liegt uns fern, uns in diese Diskussionen einzumischen, möchten aber doch einige Bemerkungen hier wiedergeben, die hervorragende Sozialdemokraten in den „Soz. Monatsheften“ gemacht haben, weil man daraus erkennt, wie sich in jenen Reihen mehr und mehr die Erkenntnis von der Wertlosigkeit der bisherigen Agitationsmethoden Bahn bricht.

Der „Vorwärts“ hatte kürzlich die Ansicht vertreten, die Verhandlungen im Reichstage müßten mehr „aus Rücksicht auf die Stimmung der Volksmassen“ geführt, d. h. die Reden „zum Fenster hinaus“ gehalten werden. Darauf bemerkt Leo A r o n s :

„Mag sein, daß Parteien, deren Forderungen sonst keinen Boden im Volk finden, daß Regierungen, die sich im übrigen dem gesamten Volkswillen widersetzen, eine derartige Rechmugstückerlei üben müssen, die man hart als Demagogie bezeichnen könnte. Eine wirkliche Volkspartei hat eine andere Aufgabe. Ihre Führer haben nicht ängstlich der Volksstimme zu lauschen, sie haben dem Volkswillen die richtigen Bahnen zu weisen. Sie müssen nach innen in unerlässlichen Verhandlungen die Tatsachen festzustellen, das Mögliche zu erreichen suchen, nach außen aber auch den Volksmassen die unumgänglichen Schwierigkeiten oder die augenblicklichen Unmöglichkeiten klar machen. Bewußt ist es für den einzelnen in besserer Lebensstellung schwer, die aufgewohnten Massen zur Gehul, zu noch härteren Opfern zu mahnen; aber gerade hierbei wird sich seine Charakterfestigkeit, das Wichtigste für den Volkführer, offenbaren.“

Nicht Reden zum Fenster hinaus, die der Stimmung der Massen entgegenkommen, sind jetzt für die Führer der Sozialdemokratie am Platze, sondern kluges Handeln unter ständiger Aufklärung der Massen über das Mögliche und Unmögliche, das Vermittelbare und das unerlässlich Notwendige. Nur dadurch können die Führer sich das Recht erzwängen, auch in die Entscheidung einzugreifen, so sehr unangenehm und sie tatsächlich so sehr unzulässig, daß sie sich nie wieder selbständig dem Willen der Nation entgegenstellen kann.“

„Und nur solche „praktische Diener“ werden der Doppelaufgabe gerecht werden können: alles aufzubieten zur Verteidigung des Vaterlandes, zum Durchhalten bis zum ehrenvollen Frieden und die Reime dauernd lebensfähig zu machen, einem kräftigen Aufspringen entgegenzuführen, die aus der Not des Vaterlandes zunächst für die politische Gleichberechtigung entsprossen sind.“

Mat Schippel wiederum beschäftigt sich mit denjenigen seiner Parteigenossen, die sich schon jetzt über allerlei Enttäuschungen zu beklagen haben. Das Ergebnis seiner Betrachtungen köht er folgendermaßen zusammen:

„Ergeben demnach die jüngsten Vorgänge tatsächlich für die Zukunft eine Lehre, so müßte man diese nach einer ganz anderen Seite suchen: Wir können uns bei unseren altverehrten Parteieinigungen nämlich gar nicht genug davor hüten die große weltgeschichtliche Zeit des Krieges wie kleine Winkelquerulanten zu allerlei verhältnismäßig unbedeutenden und Kleinlichen Einzelneinzelnen und Einzelforderungen ausbeuten zu wollen. Alle Fragen, die nicht der Krieg selber aufwirft und selber zur Lösung bringt und wir selbst müssen nun einmal bis nach dem Krieg vertagt werden.“

Und zwar werden sie sich, um ein der Wirtschaft entlehntes Bild zu gebrauchen, in dieser späteren Zeit entscheiden: nicht nach den vorläufigen und mehr oder weniger zufälligen Resolutionen, Reden und Erklärungen von heute, die im Grunde dafür ganz belanglos sind, sondern nach der, alsdann vorgehenden politischen Allgemeinkonjunktur, nach den vorgehenden maßgebenden Gesamtvoraussetzungen für eben die kritische und kritische Zeit nach dem Krieg. Die Gestaltung dieser kommenden allgemeinen Konjunktur liegt allerdings auch heute schon wesentlich mit

in unseren eigenen Händen. Wir können es selbstverständlich im Lauf der Monate, durch Rückfall in die schlechtesten alten Agitationsgewohnheiten, glücklich wieder dahin bringen, daß wir, wenn die inneren Entschärfungen herannahen, nicht bloß vereinzelt und abgefordert, sondern allseitig mißachtet und sehr bald wieder mißhandelt dastehen. Wir können aber ebenfals die jetzt überall neugebildeten Reime einer besseren Verständigung und einer größeren gegenseitigen Achtung zwischen den Parteien und Interessenschichten umfänglich erhalten und fortentwickeln, so daß alle späteren Kämpfe (denn von wirtschaftlichen und politischen Kämpfen an sich denkt niemand abzurufen) sich dereinst in höheren, zivilisierteren und demokratischeren Formen zu vollziehen vermögen.“

Im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege wäre dringend zu wünschen, daß diese verständigen Worte vor allem bei den Parteigenossen, aber auch bei der Reichs- und bei den Staatsregierungen die nötige Beachtung finden.

**Selbsthilfe.** Jeder Mensch hilft sich selbst am besten, nur darf er dabei nie vergessen, daß, wer etwas Brauchbares schaffen will, auf das beste Werkzeug zu achten hat. Deshalb ist Selbsthilfe, etwa auf zwei Augen gestellt, noch kein Mittel, die Dinge nach seinem Gefallen zu gestalten. Es muß also noch etwas hinzukommen, das der Selbsthilfe brauchbaren Inhalt gibt. Selbsthilfe, auf der einzelnen Menschen gestellt, kann mit dem edelsten Willen und mit dem besten Können ausgerüstet sein und wird doch erfahren müssen, daß an der Würdigkeit der den Menschen umgebenden Verhältnisse Einzelwille und Einzelförderung gar zu leicht scheitern. „Der Starke ist am mächtigsten allein.“ Ist bestenfalls ein schöner Einfall, aber niemals eine Wahrheit. Alle Einrichtungen der Natur und alles Menschenwerk sind Resultate aus dem Zusammenwirken vieler Einzelkräfte, und wer die natürlichen und menschlichen Verhältnisse meistern will, soll sich nicht einbilden, daß dazu seine Kraft allein ausreicht.

Immer schon, und jetzt in der Kriegszeit in besonderem Maße, kehrt das Wirtschaftsleben dem einzelnen oft genug seine schlechtesten Seiten zu. Es ist schon richtig, daß der mit düstern Giegemete leicht die Sonnenzeiten des Lebens zu finden vermag. Wer es danach hat und keine Gewissensnöte beunruhigt, mag in der Zeit des A-Brottes Kuchen essen; der mag auch, wenn alle Welt nach geregelter Versorgung mit Nahrungsmitteln ruft, Bücher mit der Not treiben, und er mag auch, was nicht viel besser ist, sein Haus zum Hamsterbau machen, damit er prolog auf vollen Säcken sitze, wenn der Nachbar kaum für Geld und gute Worte zu seinem Anteil gelangen kann. Allein, wie viele sind durch Reichtum so stark, um aller Sorgen ledig zu sein? Reichtum ist den meisten Menschen kein Mittel, der Lücken des Wirtschaftslebens Herr zu werden. Und doch werden manche dieser Lücken von dem zu meistern sein, der das rechte Werkzeug zu schmieben versteht.

Was wäre z. B. der einzelne Arbeiter im Arbeitsprozeß ohne seine Berufsorganisation? Im wahren Sinne des Wortes ein idumantes Mohr, das jeder Wind um wirtschaftlichen Leben zerzaust. Der einzelne Arbeiter aber hat sich selbst, indem er sein Schicksal mit dem seines Nachbarn verband. Er organisierte die Selbsthilfe und erntete recht bald die Früchte seiner Einsicht. Genau so ist es auch auf anderen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens. Auch als Verbraucher ist der einzelne Mensch Spielball aller Launen dieses Wirtschaftslebens, dessen Meister er aber wird, wenn er sich in der organisierten Selbsthilfe das rechte Werkzeug schafft. Diese organisierte Selbsthilfe aber wirkt im Rahmen der Konjunkturalwissenschaften.

**Beherrigenswerte Worte** schrieb jüngst der fortschrittliche Reichstagsabg. D. Raumann in einem Aufsatz der „Silke“, in dem er auch auf die gewaltigen Opfer hinweist, die die Masse des Volkes in dieser Kriegszeit bringen muß. Wie wird es dieser Masse gehen, wenn der Krieg zu Ende sein wird? Ohne auf politische Forderungen einzugehen, meint Raumann:

„Aber von der Gesinnung können wir sprechen, die aus den Kriegserfahrungen hervorgehen soll. Es muß die Gesinnung einer völligen Volkstätigkeit sein. Die Volkserziehung muß in die Grube der Vergangenheit geworfen werden. Das Bürgerrecht aller Völkern und Staatsgenossen muß universell sein. Wenn der Krieg nicht so schlicht, dann schlicht er mit einem Mißklang. Jetzt gehen Hunderttausende ihr Leben, oder ihre Gesundheit hin fürs Vaterland. Bedenkt, was diese Hunderttausende für ein Ideal von deutscher Zukunft in ihren Seelen

haben! Sicherlich ist das kein ganz gleichartiges Ideal und ist oft nicht staatsrechtlich durchgedacht und überhaupt kaum formuliert, aber der Gedanke, daß der Staat kein Massenstaat sein dürfte, daß er kein Massenstaat zu sein habe, daß er kein Gebietsstaat sei, sondern ein deutscher Volksstaat, ist das Ideal der Menge. Der Arbeiter will anerkannt sein, wie der Bürger und Bauer anerkannt ist. Er verlangt nicht nur Sozialpolitik, sondern Ferndeutrecht im Staat, Möglichkeit freieren Aufstieges, Freiheitsluft, Glaube an das Gute im Menschen.“

Es sollte nach dem Krieg niemand Minister sein, der dafür kein Gefühl besitzt. Es sollte niemand Verwaltungsoffizier sein, der das nicht begreift. Es sollte niemand Richter sein, der innerlich fern ist vom Volke.

In kräftigen Sätzen hat der Reichstagsabg. am 2. Dezember im Reichstag eine mehr vollständige deutsche Staatspolitik versprochen. Möge er sein Versprechen halten können im Reich und in allen Bundesstaaten!

„Es lebe das Volk!“

Diese Worte werden in der Masse des Volkes sicherlich einen freudigen Widerhall finden. Wir hoffen aber auch, daß sie dort, wo man bis zum Kriege nicht immer die richtige Bewertung der „Masse“ antrat, nicht wirkungslos verhallen.

Die kaufmännisch-gewerbliche Fortbildungsschule des Berliner Handwerker-Vereins, E., Sophienstraße 18, eröffnet am Donnerstag, den 8. April, ihre Sommerkurse in elementaren und wissenschaftlichen Unterrichtsgegenständen. Die Anfertigung ist befristet, in dieser ersten Zeit allen am Feldzuge nicht beteiligten Männern und Jugendlichen sowie der weiblichen Jugend Gelegenheit zur Weiterbildung zu geben. Anmeldungen können schon jetzt bewirkt werden an den Vereinsabenden: Montags, Mittwochs und Sonnabends in der Geschäftsstelle, wobei auch Unterrichtspläne unentgeltlich verabfolgt werden. In Rücksicht auf einen späten Geschäftsschluß ist die Unterrichtszeit auf die Abendstunden von 8 1/2 bis 10 Uhr gelegt. Sonntags von 8 bis 12 Uhr findet Zeichenunterricht statt. Koch sei bemerkt, daß von den in den Vorworten nennenden Teilnehmern kein erhöhtes Unterrichtsgehalt erhoben wird.

Die 545. Veranstaltung des Vereins für Volkserhaltung findet am Sonntag, den 21. März, abends 7 Uhr im Bürgeraal des Rathauses statt mit folgendem Programm: Ballade und Romane; Vortrag am Klavier (Herr Gustav Ernst); Gesang: (Frau Cläre Guth, Herr Gustav Franz).

### Ämtlicher Teil.

An die Ortsverbände und die ihnen angeschlossenen Ortsvereine!

Die Adressen der Vorstandsmitglieder der nachgenannten Ortsverbände fehlen trotz wiederholter Mahnung noch immer. Da die Fertigstellung des Adressenverzeichnis für die Ortsverbände sehr drängt, fordern wir die nachstehenden Ortsverbände auf, umgehend die Adressen einzuliefern:

- Machen, Achersleben, Aue, Beuthen, Bodnum, Berne, Brandenburg, Bremerhagen, Danzig, Elberfeld-Barmen, Frankfurt a. L., Frankfurt, Friedrichshafen, Gelsenkirchen, Giersleben, Glab, Gnejen, Gattlingen, Heidelberg, Hof-Münchberg, Jüterburg, Landsberg, Lausheim, Lindau, Lübeck, Lüdenscheid, Ludwigslust, Memel, München, Raumburg, Reife-Neuland, Romanes, Nürnberg, Oberhausen, Oldenburg, Osnabrück, Posen, Quedlinburg, Rhodt-Odenkirchen, Roth, Rothensack, Rudolfsstadt, Saarbrücken, Saagan, Schönebeck-Salze, Schweidnitz, Siegen, Spandau, Thorn, Tilsit, Waldenburg-Altwasser, Witten, Bittenberg.

Wir bitten auch die angeschlossenen Ortsvereine, dafür zu sorgen, daß falls die Wahlen zum Ortsverbandsvorstand noch nicht erfolgt sind, dies umgehend veranlaßt wird. Die Schwierigkeiten der Wahl vom tüchtigen Vorstandsmittgliedern für die Ortsverbände in dieser schweren Zeit werden keineswegs verkannt. Trotzdem müssen im Interesse unserer Organisation unbedingt die Wahlen, soweit sie noch nicht erfolgt sind, jetzt vorgenommen werden. Hier müssen unter allem Umständen die interessierten Kollegen einspringen. Wir rechnen auf unsere überzeugten Kollegen!

Mit kollegialen Grüßen!  
Der geschäftsführende Ausschuß.  
F. Reu f e d t, Verbands-Sekretär.

